

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS

**EntschlieÙung zur Umsetzung von Beschlüssen des IV. Parlamentsforums
Südliche Ostsee in Kiel vom 21. bis 23. Mai 2006**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt der vom IV. Parlamentsforum Südliche Ostsee am 23. Mai 2006 verabschiedeten Resolution (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag empfiehlt dem Landtag der 5. Wahlperiode, den Beschlüssen des IV. Parlamentsforums Südliche Ostsee weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und den durch die Europäische Kommission mit der Vorlage des Grünbuchs „Der Weg zu einer künftigen Meerespolitik der Europäischen Union: Eine europäische Vision für die Ozeane und Meere“ am 7. Juni 2006 eröffneten und bis zum 30. Juni 2007 laufenden Konsultationsprozess aktiv zu begleiten, sich einzubringen, diese Thematik weiterhin vertieft aufzuarbeiten und gegebenenfalls hierzu weitere Beschlüsse zu erarbeiten.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen einzusetzen, sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit umzusetzen und den Landtag im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung über die Entwicklung im Ostseeraum entsprechend zu unterrichten.

Volker Schlotmann und Fraktion

Dr. Armin Jäger und Fraktion

—
Angelika Gramkow und Fraktion

Begründung:

Vom 21. bis 23. Mai 2006 fand im Schleswig-Holsteinischen Landtag zum vierten Mal eine gemeinsame Konferenz der Parlamente der Regionen des Südlichen Ostseeraumes - das IV. Parlamentsforum Südliche Ostsee - statt, an der Delegierte des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, des Landtages Schleswig-Holstein sowie des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern und des Sejmik der Woiwodschaft Pommern teilgenommen haben. Des Weiteren waren als assoziierte Partner Delegierte des Regionalparlaments Schonens sowie der Duma des Kaliningrader Gebietes und als Beobachter Mitglieder des mitveranstaltenden Europäischen Parlaments und der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg zugegen. An der Veranstaltung nahmen auch Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern, aus Schleswig-Holstein, der Woiwodschaft Westpommern, der Woiwodschaft Pommern, der Region Schonen sowie des Kaliningrader Gebietes teil.

Das IV. Parlamentsforum Südliche Ostsee bearbeitete in zwei Sitzungsabschnitten intensiv Fragen einer integrierten Meerespolitik der Europäischen Union sowie der Maritimen Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt. Die gemeinsame Arbeit - wie auch das Jugendhospitationsprojekt - wurde im dritten Sitzungsabschnitt handlungs- und zielorientiert ausgewertet.

Die anliegende gemeinsame Resolution beruht auf Vorarbeiten, die die Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ (IMaP) des Parlamentsforums Südliche Ostsee geleistet hat. Die interparlamentarische Arbeitsgruppe konstituierte sich während des III. Parlamentsforums Südliche Ostsee, das vom 18. bis 20. September 2005 im Ostseebad Binz auf Rügen stattgefunden hatte. Die Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, unter Einbeziehung der zuständigen Fachausschüsse der beteiligten Parlamente die Vorarbeiten auf der Grundlage regionaler Expertenanhörungen zu leisten. Die Fraktionen des Landtages benannten die Abgeordneten Klaus Mohr, Andreas Petters und Barbara Borchardt zur Mitarbeit in der Arbeitsgruppe als Vertreter für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe setzten sich mit den Vorsitzenden der Fachausschüsse des Landtages in Verbindung, um diesen die Möglichkeit zu geben, fachpolitische Expertisen in das Vorgehen der Arbeitsgruppe einzubringen. Die Arbeitsgruppe führte zwei internationale parlamentarische Anhörungen durch - vom 15. bis 16. Februar 2006 in Stettin und vom 29. bis 30. März 2006 in Rostock. Dabei wurden - auch auf der Grundlage von Benennungen durch die Fachausschüsse des Landtages - aus Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 22 Sachverständige aus den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Bildung, Schiffssicherheit, Maritime Wirtschaft mit Seeverkehr und Häfen und Umwelt ausgewählt und gemeinsam mit den Sachverständigen der anderen Regionen angehört.

Die Stellungnahmen der Sachverständigen wurden ausgewertet und es wurde auf dieser Grundlage in einer Sitzung der Arbeitsgruppe am 7. und 8. Mai 2006 ein Resolutionsentwurf mit ersten Handlungsempfehlungen für eine integrierte europäische Meerespolitik erarbeitet. Dieser Entwurf wurde durch die Präsidentin des Landtages den Fraktionsvorsitzenden und durch Arbeitsgruppenmitglieder den Fachausschüssen des Landtages zugeleitet, um eine möglichst umfassende Beteiligung der Fachpolitiker des Landtages zu ermöglichen.

Der Landwirtschaftsausschuss formulierte auf dieser Grundlage Änderungsvorschläge, die durch die Mitglieder der Arbeitsgruppe in die abschließenden Beratungen des Resolutionsentwurfes im Rahmen des IV. Parlamentsforums eingebracht und in der Resolution berücksichtigt wurden. Der Wirtschaftsausschuss hatte Gelegenheit, die Resolution unmittelbar im Vorfeld der Veröffentlichung des Grünbuchs mit der Task Force Meerespolitik der Europäischen Kommission im Einzelnen zu erörtern.

Am 7. Juni 2006 hat die Europäische Kommission mit der Vorlage des Grünbuchs „Der Weg zu einer künftigen Meerespolitik der Europäischen Union: Eine europäische Vision für die Ozeane und Meere“ einen Konsultationsprozess eingeleitet, der bis zum 30. Juni 2007 läuft. In dieser Zeit haben sowohl der Landtag Mecklenburg-Vorpommern als auch das Parlamentsforum Südliche Ostsee die Möglichkeit, der Kommission weitere Stellungnahmen zu übermitteln. Die Fraktionen des Landtags der auslaufenden 4. Wahlperiode erachten den Ansatz einer integrierten europäischen Meerespolitik als so wichtig für das maritim geprägte Land Mecklenburg-Vorpommern, dass sie dem Landtag der 5. Wahlperiode empfehlen, diesem Politikfeld besondere Aufmerksamkeit zu widmen, den Konsultationsprozess aktiv zu begleiten, sich einzubringen, die Thematik weiterhin vertieft aufzuarbeiten und gegebenenfalls hierzu weitere Beschlüsse zu erarbeiten.

Anlage

Resolution
des IV. Parlamentsforums Südliche Ostsee
vom 21. - 23. Mai 2006
in Kiel

A. Für eine integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee begrüßt die Absicht der Kommission, mit dem Grünbuch zur künftigen EU-Meerespolitik erstmals die Grundlage für eine integrierte maritime Politik zu schaffen. Das Forum macht sich den integrativen Ansatz des Grünbuchs ausdrücklich zu Eigen, um günstige Rahmenbedingungen für eine wachstumsorientierte, sozial ausgewogene und ökologisch nachhaltige Entwicklung in der Ostseeregion zu schaffen. Dafür ist ein maritimes Bewusstsein unverzichtbar, aus dem sich basierend auf der Geschichte der Regionen eine neue meeresbezogene Identität entwickelt und durch die die besonderen Potenziale der Region entdeckt und genutzt werden.

Nach Auffassung des Parlamentsforums Südliche Ostsee muss eine integrative Meerespolitik mehrdimensional angelegt sein. Sie bedarf

- der horizontalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen,
- der vertikalen Zusammenarbeit zwischen der regionalen, nationalen, der europäischen und der internationalen Ebene,
- der fachübergreifenden Zusammenarbeit von Institutionen,
- der engen Zusammenarbeit von Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und allen sonstigen gesellschaftlichen Gruppen.

Im Sinne dieser Vorgaben arbeitet das Parlamentsforum Südliche Ostsee zusammen: Es hat eine Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ eingesetzt, die unter anderem zwei internationale parlamentarische Anhörungen durchgeführt und diese Resolution vorbereitet hat. Dabei haben Politiker und Experten unterschiedlicher Disziplinen die gesamte Bandbreite der Meerespolitik bereichsübergreifend beraten mit der Zielsetzung, zukünftige Chancen zu identifizieren und Entwicklungshindernisse zu überwinden.

Ziel war und ist es, erste Handlungsempfehlungen für eine integrierte Meerespolitik der gesamten Ostseeregion als Querschnittsaufgabe zu entwickeln.

Die Beteiligung von Jugendlichen an den Parlamentsforen der Südlichen Ostsee ist ein erfolgreiches Beispiel für eine zukunftsgerichtete Zusammenarbeit in dieser Region. Die Ausgestaltung der Jugendarbeit soll im Hinblick auf deren angemessene Beteiligung weiter diskutiert werden.

I. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee nimmt zu Schwerpunkten der im Grünbuch ausgewiesenen Felder der Meerespolitik und den dabei formulierten Fragen der Europäischen Kommission wie folgt Stellung:

1. Europas Vorreiterrolle auf dem maritimen Sektor erhalten und die Lebensbedingungen in den Küstenregionen optimieren

- Zwischen den zahlreichen sich ergänzenden oder konkurrierenden wirtschaftlichen Nutzungen des Meeres und dem hinreichenden Schutz der Meeresumwelt ist eine Ausgewogenheit herzustellen, die eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Nutzung der Meere ermöglicht.
- Die Wettbewerbsbedingungen zwischen der Seeschifffahrt und anderen Verkehrsträgern - insbesondere dem landgebundenen Güterkraftverkehr - sind im globalen und europäischen Kontext zu harmonisieren. Wenn insbesondere die Umweltwirkungen der unterschiedlichen Verkehrsträger (Internalisierung externer Umweltwirkungen) berücksichtigt werden, könnte daraus resultieren, dass Seeverkehre Kostenvorteile haben.
- Die Seefahrt besitzt strategische Bedeutung für die Europäische Union. Innovative maritime Verkehrstechnologien - wie z. B. integrierte Schiffs- und Terminallösungen mit besonderer Eignung für den kombinierten Verkehr, die Standardisierung von Schiff-Küste-Schnittstellen für den Fähr- und Ro/Ro-Verkehr, effiziente Umschlagtechnologien in Häfen einschließlich informationstechnischer Lösungen, bedarfsgerechte, umweltfreundliche und sichere Schiffs-konzepte und maritime Leit- und Sicherungssysteme - sind weiter zu entwickeln.
- Die Hinterlandverkehrsverbindungen der Seehäfen sollten im Rahmen der Transeuropäischen Netze - Verkehr (TEN-V) stärker berücksichtigt werden.
- Die maritime Logistikwirtschaft ist darin zu unterstützen, über die Entwicklung und den Ausbau logistischer Wertschöpfungsketten sowie die vermehrte Ansiedlung von hafengebundenen Industrie- und Handelsunternehmen in Logistikzentren die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Regionen zu verbessern. Darüber hinaus ist die Wertschöpfung in den maritimen Regionen zu steigern und nachhaltiger zu gestalten.
- Maritime Kooperationen, Netzwerke und strategische Partnerschaften insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen sind im Rahmen der Europäischen Union zu fördern, weil sie Synergiepotenziale erschließen und dazu beitragen, angesichts vermehrter globalisierter Produktionsketten und Logistiknetze im Wettbewerb bestehen zu können, unter anderem durch die Etablierung von maritimen Clustern.
- Meereswissenschaften und Meerestechnologien auch zu marinen Ressourcen sind als thematische Priorität in zukünftige EU-Forschungsrahmenprogramme aufzunehmen. Es ist sicherzustellen, dass die Meeresforschung auch noch im siebten EU-Forschungsrahmenprogramm und in den spezifischen Programmen eine angemessene Berücksichtigung findet. Dadurch soll die Meeresforschung in den Regionen und die darauf aufbauende Netzwerkbildung im Bereich der Meereswissenschaften und -technologien gefördert werden.

-
- Um mehr junge Menschen für einen Einstieg in maritime Berufsfelder zu gewinnen, ist es notwendig, das maritime Bewusstsein in der Gesellschaft zu fördern und weitere konkrete Maßnahmen durch Werbung für maritime Berufe zu ergreifen.
 - Die Ausbildung der Seeleute hat eine lange europäische Tradition und soll einen Schwerpunkt der Kooperation im Südlichen Ostseeraum bilden.
 - In Anbetracht dessen, dass die Ausbildung einer ausreichenden Anzahl von Fachkräften in der maritimen Wirtschaft eine Grundvoraussetzung für die Umsetzung einer aktiven Meerespolitik ist, sind vorhandene Aus- und Fortbildungskapazitäten - auch durch interregionale und internationale Zusammenarbeit - quantitativ und qualitativ aufzustocken.
 - Dabei sollte die maritime Wirtschaft einbezogen werden. Durch den interregionalen Austausch von Lehrkräften und Ausbildern im Bereich der südlichen Ostsee ist die Einheitlichkeit der Aus- und Fortbildung von Schiffsbesatzungen zu realisieren.
 - Die Aspekte einer integrierten Meerespolitik sollten auch bei einer Ausbildung im Rahmen maritimer Berufe verstärkt berücksichtigt werden. Die Stärkung der Potenziale und der Ausbau der Kapazitäten sollte auch durch eine Berücksichtigung in den europäischen Förderprogrammen und eine Finanzierung von Modellprojekten im Bereich der internationalen Kooperation unterstützt werden.
 - Die Förderfähigkeit von interregionalen Tourismusprojekten im Rahmen des neuen Ziel 3 der EU-Strukturfonds ist unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips beizubehalten. Die kulturellen, historischen und landschaftlichen Alleinstellungsmerkmale der Regionen sind u. a. als touristisches Potenzial durch die transregionale Zusammenarbeit auszubauen und zu fördern. Vorschriften im maritimen Tourismusbereich sind grenzüberschreitend zu harmonisieren.

2. Werkzeuge für ein nachhaltiges Meeres-Management

- Es ist eine Harmonisierung der bestehenden Vielfalt politischer und rechtlicher Maßnahmen, Programme und Aktionspläne auf europäischer Ebene - und hier insbesondere im Rahmen der EU-Meeresstrategierichtlinie - anzustreben. Synergien mit bestehenden Regelungen müssen so weit wie möglich genutzt werden, um die Ziele der Richtlinie zu erreichen und Doppelarbeit zu vermeiden.
- Insbesondere ist die konkrete räumliche und sachliche Abgrenzung ebenso wie eine Verknüpfung der EU-Meeresstrategie-Richtlinie mit bestehenden EG-Richtlinien herbeizuführen.
- Die Aktivitäten der Helsinki-Kommission als Regionalkooperation des Ostseeraumes sind aktiv zu unterstützen, um meerespolitische Initiativen auf nationaler, europäischer und darüber hinausgehender internationaler Ebene anzustoßen.

-
- Die Konferenz erwartet, dass eine gemeinsame europäische Fischereipolitik die Besonderheiten der Ostsee berücksichtigt und das Prinzip der nachhaltigen - das heißt auf Substanzerhaltung angelegten - Fischerei umgesetzt wird.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen einzuleiten:

- Der Schadstoffeintrag sowie die Eutrophierung der Ostsee sind schneller und deutlicher als bisher durch eine stringente Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie sowie durch weitere Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft einzudämmen; letztere sind insbesondere durch den Einsatz finanzieller Mittel im Rahmen geeigneter Agrarumweltmaßnahmen zu befördern. Dazu ist es notwendig, Problembewusstsein zu schaffen und die Akzeptanz von Umweltmaßnahmen zu erhöhen.
- In die Maßnahmen zur Reduzierung des Schadstoffeintrages sind auch die durch den Schiffsverkehr bedingten Umweltbeeinträchtigungen und eventuell von den militärischen Altlasten ausgehende Gefahren mit einzubeziehen.
- Monitoringprogramme und Messnetze zur Erfassung des Eutrophierungszustandes und des Schadstoffeintrages in die Ostsee sind unter Einbeziehung der Oberlieger der in die Ostsee mündenden Flusssysteme zu standardisieren.
- Die Ostseeanrainerstaaten bedürfen bei ihren Bemühungen um eine Koordinierung zur weiteren Erhöhung der maritimen Sicherheit in der Ostseeregion der Unterstützung der Europäischen Union. Weiter sind die bisher eingeleiteten regionalen und internationalen Maßnahmen konsequent umzusetzen und im Sinne des dritten Maßnahmenpaketes der EU fortzuentwickeln. Dazu gehören auch die Bemühungen um eine nachhaltige Hafenwirtschaft.
- Des Weiteren sind Verkehrstrennungsgebiete zu entwickeln. Die Sicherheit ist unter anderem dadurch zu erhöhen, dass die Ausbildung der Seeleute verbessert, die Lotsennahme verstärkt, durchgehende Tiefwasserwege sowie ein Schiffssteuerungs- und Schiffsmeldesystem verbindlich eingerichtet und genutzt werden sowie ein Netz von Nothäfen und Notliegeplätzen als ergänzende Schutzmaßnahmen (APMs) für besonders sensible Seegebiete (PSSA) ausgewiesen wird.
- Zeitliche und mengenmäßige Fangbeschränkungen sowie technische Maßnahmen zur Schonung der Fischbestände sind stärker als bisher an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu orientieren. Die Forschungsergebnisse regionaler wissenschaftlicher Einrichtungen sind dabei in die Untersuchungen einzubeziehen. Politische Kompensationsvereinbarungen, die zu Ausnahmen führen, sind im Interesse einer nachhaltigen Nutzung der Fischbestände zu vermeiden.
- Zur Abschätzung der Folgen administrativer Eingriffe in die Nutzung der Fischbestände sind wissenschaftliche Modellrechnungen einzusetzen. Zur Unterbindung illegaler Fänge und Anlandungen sind praxisorientierte wirksame Kontrollmechanismen zu entwickeln.

-
- Zum Ausgleich für die von der Europäischen Kommission beschlossenen Reduzierungen der Fangkapazitäten sind die Modernisierung der Fangflotten sowie Investitionen in die fischereiliche Infrastruktur angemessen zu flankieren. Zudem sind mit Unterstützung der Europäischen Union strukturelle Veränderungen einzuleiten, um der Fischerei in der Ostseeregion neue Perspektiven zu eröffnen. Der küstennahe Fischfang ist als Teil des kulturellen und historischen Erbes und wegen seiner touristischen Attraktivität zu schützen und auch mit Blick auf seine arbeitsmarktpolitischen Effekte zu erhalten.

3. Europäische Meerespolitik/Governance

- Für die Entwicklung und effektive Umsetzung einer integrierten Meerespolitik sind geeignete Strukturen zu schaffen, um eine bereichsübergreifende Kommunikation, Koordinierung und Integration zu gewährleisten. Diese Strukturen dürfen nicht nur auf den öffentlichen Bereich beschränkt sein. Der integrierte Ansatz erfordert vielmehr eine Beteiligung aller für den maritimen Bereich relevanten Akteure und deren Vernetzung.
- In Anbetracht des integrierten Ansatzes sind fachübergreifende ständige Arbeitsgruppen zur Europäischen Meerespolitik einzusetzen und miteinander zu vernetzen. Ein best practice Beispiel dafür ist das erfolgreiche Wirken der Arbeitsgruppe Integrierte Maritime Politik des Parlamentsforums.

II. Im Einzelnen bittet das Parlamentsforum Südliche Ostsee

1. das Europäische Parlament

- die Arbeit der Baltic Intergroup durch eine intensivere Beteiligung von Abgeordneten aus der Ostseeregion effektiver zu gestalten sowie
- eine fachübergreifende parlamentarische Arbeitsgruppe zu einer integrierten europäischen Meerespolitik einzusetzen;

2. die Europäische Kommission

- Sorge dafür zu tragen, dass der vollständigen Implementierung bestehender Rechtsnormen der Vorrang gegenüber der Einleitung neuer Rechtsetzung eingeräumt wird,
- das Grünbuch zur Integrierten Meerespolitik der Europäischen Union zu einem Weißbuch weiter zu entwickeln und bei dessen Ausgestaltung die regionalen und nationalen Parlamente einzubeziehen,
- die besonderen Belange der Regionen im Rahmen der integrierten EU-Meerespolitik zu berücksichtigen und zu unterstützen;

3. die Regierungen und Verwaltungen der beteiligten Regionen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten, Sorge dafür zu tragen oder sich dafür einzusetzen,

- unter Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsprinzips in enger Kooperation mit den Parlamenten Einfluss auf die EU-Meerespolitik zu nehmen,
- die unter Punkt A Ziffer I.1 enthaltenen Maßnahmenvorschläge umzusetzen,
- die unter der Ziffer I.3 als notwendig erachteten Strukturen zur Entwicklung und effektiven Umsetzung einer integrierten Meerespolitik auch auf nationaler und regionaler Ebene einzurichten,
- gemeinsame Ausbildungsgänge und Programme für maritime Berufe zu implementieren,
- die EU-Meerespolitik in die Arbeitsprogramme der nationalen Regierungen und des Ostseerates (CBSS) aufzunehmen und die bestehenden Ansätze zur Clusterbildung zu unterstützen und transnational miteinander zu vernetzen.

III. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- empfiehlt den beteiligten Parlamenten, die weitere Aufarbeitung dieser Thematik in fachübergreifenden Arbeitsgruppen oder Gremien fortzusetzen,
- wird die vorliegenden Ergebnisse in die Regionalkonferenz der BSSSC zur Europäischen Meerespolitik im Ostseeraum am 20. und 21. September in Kiel einbringen sowie
- durch die Fachausschüsse seiner Mitgliedsparlamente eine Evaluierung der Ergebnisse seiner bisherigen Arbeit zeitnah durchführen und
- dankt dem Sejmik der Woiwodschaft Pommern für die Bereitschaft, das V. Parlamentsforum Südliche Ostsee am 21. und 22. Mai 2007 mit dem Schwerpunkt „Tradition und Innovation im Ostseeraum“ auszurichten.

B. Für eine zukünftige integrierte Jugendpolitik in der Ostseeregion

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee sieht die Notwendigkeit, den für die Meerespolitik herausgearbeiteten integrierten Politikansatz auch auf den Bereich der Jugendpolitik zu übertragen und eine integrierte Jugendpolitik für die Ostseeregion zu entwickeln.

Auch eine integrierte Jugendpolitik muss - in dem unter A dargelegten Sinne - mehrdimensional angelegt sein. Dies bedeutet insbesondere, dass bei Entscheidungen in allen Politikfeldern die Auswirkungen auf die Jugend als ein zentraler Faktor und als Rückgrat der zukünftigen Gesellschaft in Betracht gezogen werden müssen.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee setzt eine Arbeitsgruppe ein, die den Leitgedanken einer integrierten Jugendpolitik in Kooperation mit anderen Institutionen in der Ostseeregion, die dieses Ziel verfolgen, in Vorbereitung der nächsten Konferenz weiter vertieft und konzeptionell entwirft.

In der Arbeitsgruppe sind neue und weiterführende Formen und Ansätze zu diskutieren und zu entwickeln. Dabei soll auf den guten Erfahrungen des Hospitationsprogramms im Rahmen einer Evaluierung aufgebaut werden.

Ziel soll sein, Jugendliche weiterhin an der Arbeit des Parlamentsforums in angemessener Form zu beteiligen.

Kiel, 23. Mai 2006

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Sejmik der Woiwodschaft Pommern

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Sejmik der Woiwodschaft Westpommern

Rezolucja

IV Forum Parlamentów Południowego Bałtyku

21 - 23 maja 2006

Kilonia

A. Na rzecz wsparcia zintegrowanej polityki morskiej w regionie Morza Bałtyckiego

Forum Parlamentów Południowego Bałtyku z zadowoleniem przyjmuje inicjatywę Komisji Europejskiej, aby Zielona Księga dotycząca przyszłej polityki morskiej stworzyła podstawę zintegrowanej polityki morskiej UE. Forum zdecydowanie popiera integracyjny wymiar Zielonej Księgi mającej na celu stworzenie dogodnych warunków dla zorientowanego na wzrost, socjalnie i ekologicznie zrównowalonego rozwoju regionu Morza Bałtyckiego.

W tym celu niezbędna jest świadomość morską, z której rozwinie się bazująca na historii regionów, nowa morską tożsamość, która odkryje i wykorzysta szczególne walory tego regionu.

Zgodnie ze stanowiskiem Forum Parlamentów Południowego Bałtyku zintegrowana polityka morską powinna mieć wielowymiarowy charakter. Wymaga ona:

- ponadgranicznej współpracy regionów w płaszczyźnie poziomej,
- współpracy pomiędzy szczeblami regionalnymi, narodowymi, europejskimi i międzynarodowymi w ujęciu pionowym,
- ponadsektorowej współpracy pomiędzy instytucjami,
- ściślejszej współpracy pomiędzy przedstawicielami polityki, nauki, gospodarki i innych środowisk.

Współpraca Forum Parlamentów Południowego Bałtyku przebiega zgodnie z duchem tych przesłanek: powołano grupę roboczą „Zintegrowana Polityka Morską”, która między innymi przeprowadziła dwie międzynarodowe, parlamentarne konferencje i przygotowała powyższe rezolucje. Prace tej grupy dotyczą szeroko pojętej polityki morskiej wspierali jako doradcy politycy i eksperci z różnych dziedzin, mając na celu identyfikację przyszłych szans i uniknięcie przeszkód w rozwoju.

Celem było, i w dalszym ciągu pozostaje, opracowanie pierwszych wytycznych do działań na rzecz zintegrowanej polityki morskiej całego regionu Morza Bałtyckiego, jako zadania przekrojowego.

Dobrym przykładem zorientowanej na przyszłość współpracy w tym regionie jest udział młodzieży w poszczególnych edycjach Forum Parlamentów Południowego Bałtyku. Należy w dalszym ciągu prowadzić dyskusje na temat, jak powinien on przedstawiać się w przyszłości.

I. Forum Parlamentów Południowego Bałtyku zajmuje następujące stanowisko wobec przedstawionych przez Komisję Europejską w Zielonej Księdze poszczególnych obszarów polityki morskiej i poruszonych przy tej okazji przez nią problemów

1. Utrzymanie przodującej roli Europy w sektorze morskim i optymalizacja warunków życia w regionie przybrzeżnym

- Należy osiągnąć równowagę pomiędzy licznymi, uzupełniającymi się lub konkurującymi ze sobą, sposobami gospodarczego wykorzystania morza a zapewnieniem dostatecznej ochrony środowiska morskiego pozwalającej na zrównoważone ekonomicznie i ekologicznie korzystanie z obszarów morskich.
- Należy zharmonizować warunki konkurencyjności pomiędzy żegluga a innymi gałęziami transportu - zwłaszcza ladowym transportem towarów - w wymiarze globalnym i europejskim. Szczególnie przy uwzględnieniu oddziaływania różnych gałęzi transportu na środowisko (internalizacja oddziaływań zewnętrznych na środowisko), transport morski może okazać się korzystny ze względu na koszty.
- Żegluga ma dla Unii Europejskiej znaczenie strategiczne. W dalszym ciągu należy rozwijać innowacyjne technologie transportu morskiego - jak na przykład zintegrowane rozwiązania dla statków i terminali kontenerowych ze szczególnym naciskiem na transport kombinowany, standaryzacje punktów stycznych „statek-wybrzeże” dla transportu promowego i ro-ro, odpowiednie technologie przeładunkowe w portach, łącznie z rozwiązaniami informatycznymi i technicznymi, zgodne z zapotrzebowaniem, przyjazne środowisku i bezpieczne rozwiązania dla statków oraz morskie systemy naprowadzania i bezpieczeństwa.
- Połączenia komunikacyjne portów morskich z zapleczem ladowym powinny być w większym stopniu uwzględniane w ramach transeuropejskich sieci transportowych (TEN-T).
- W celu poprawienia konkurencyjności regionów nadmorskich należy wspierać logistykę morską poprzez rozwój oraz rozbudowę instytucji i służb stanowiących o jej wartości dodanej, jak również poprzez lokowanie związanych z portami przedsiębiorstw przemysłowych i handlowych w centrach logistycznych. Poza tym należy zadbać o poprawę rentowności gospodarek regionów nadmorskich i uczynienie z tej rentowności stałej tendencji.
- Należy wspierać współpracę morską (sieci współpracy i strategiczne partnerstwa), w szczególności pomiędzy małymi i średnimi przedsiębiorstwami w ramach Unii Europejskiej, aby wykorzystać potencjał synergii i sprostac coraz bardziej globalnym sieciom produkcyjnym i logistycznym; między innymi poprzez tworzenie klastrów morskich.

-
- Należy włączyć do przyszłych programów badawczych UE dziedziny nauki i technologie związane z morzem oraz zasobami morskimi jako priorytety tematyczne. Należy także zapewnić odpowiednie uwzględnienie badań o tematyce morskiej jeszcze w 7 Programie Ramowym UE i innych programach. Dzięki temu wsparte zostaną badania morskie w regionach oraz powstałe na ich bazie sieci współpracy w ramach nauki i technologii morskiej.
 - Aby pozyskać więcej młodych ludzi, którzy chcieliby wejść na drogę zawodową związaną z gospodarką morską, konieczne jest wspieranie świadomości morskiej w społeczeństwie i podejmowanie konkretnych działań w zakresie promocji zawodów morskich.
 - Instytucje i ośrodki kształcenia marynarzy należy traktować jako priorytety edukacji w ramach współpracy w obszarze Południowego Bałtyku.
 - Mając na uwadze fakt, że zapewnienie liczby wykształconych marynarzy i innych specjalistów w dziedzinie gospodarki morskiej jest warunkiem koniecznym do prowadzenia aktywnej polityki morskiej, należy polepszyć istniejące możliwości kształcenia i doksztalcania - także poprzez współpracę międzyregionalną i międzynarodową - pod względem jakości i ilości.
 - Poprzez międzyregionalną wymianę kadry nauczycielskiej i słuchaczy w regionie Południowego Bałtyku należy ujednolicić systemy kształcenia i doksztalcania.
 - Aspekty zintegrowanej polityki morskiej należy uwzględnić również w ramach kształcenia w zawodach morskich. Wzmocnienie potencjału i zwiększenie możliwości powinno być wspierane także poprzez uwzględnienie w europejskich programach oraz finansowanie projektów modelowych w ramach współpracy międzynarodowej.
 - Należy kontynuować wspieranie międzyregionalnych projektów turystycznych w ramach nowego Celu 3 funduszy strukturalnych Unii Europejskiej, przy zachowaniu zasady subsydiarności. Kulturowe, historyczne i przyrodnicze cechy wyróżniające regiony należy rozwijać i wspierać, między innymi jako potencjał turystyczny, poprzez współpracę transregionalną. Należy zharmonizować przepisy obowiązujące w dziedzinie turystyki morskiej w poszczególnych krajach.

2. Instrumenty zrównoważonego zarządzania morskiego

- Należy dążyć do zharmonizowania różnorodnych działań politycznych i prawnych, programów i planów działań, istniejących na płaszczyźnie europejskiej, szczególnie w ramach dyrektywy dotyczącej strategii morskiej Unii Europejskiej. Należy maksymalnie wykorzystywać możliwości płynące z synergii z istniejącymi regulacjami, aby osiągnąć wyznaczone cele i uniknąć dublowania się działań.
- W szczególności należy doprowadzić do konkretnego obszarowego i merytorycznego rozgraniczenia oraz powiązania dyrektywy dotyczącej strategii morskiej UE z istniejącymi dyrektywami Wspólnoty Europejskiej.

-
- Należy aktywnie wspierać działania Komisji Helsińskiej jako regionalnej kooperacji w obszarze Morza Bałtyckiego, aby podejmować morskie inicjatywy polityczne na płaszczyźnie narodowej, europejskiej i międzynarodowej.
 - Forum oczekuje, że wspólna polityka europejska w dziedzinie rybołówstwa uwzględni szczególne cechy Morza Bałtyckiego i realizowana będzie zasada zrównowazanego rybołówstwa, tzn. ukierunkowanego na zachowanie zasobów.

Należy podjąć następujące działania:

- Substancje szkodliwe i eutrofizacja Morza Bałtyckiego powinny być szybciej i wyraźniej niż do tej pory ograniczane poprzez ściśle wdrażanie dyrektywy wodnej UE, jak też dalsze działania w rolnictwie oraz wspieranie tych ostatnich w szczególności poprzez wykorzystanie środków finansowych w ramach odpowiednich działań rolno-środowiskowych. Konieczne jest przy tym uświadomienie sobie istnienia problemu i zwiększenia akceptacji dla działań na rzecz ochrony środowiska.
- Do działań mających na celu redukcję zanieczyszczeń należy włączyć także te, które są związane z zanieczyszczeniami powodowanymi przez transport morski i w postaci ewentualnych niebezpiecznych militarnych pozostałości działań wojennych.
- Programy monitorujące i sieci pomiarowe kontrolujące poziom eutrofizacji i zawartość szkodliwych substancji w Morzu Bałtyckim powinny ulec standaryzacji i objąć swoim zasięgiem także dorzecza uchodzących do Morza Bałtyckiego systemów rzecznych.
- Kraje nadbałtyckie wnoszą o wsparcie z Unii Europejskiej przy koordynacji działalności, mającej na celu dalsze zwiększenie bezpieczeństwa morskiego w regionie Morza Bałtyckiego. Należy w dalszym ciągu konsekwentnie wdrażać do tej pory zainicjowane działania na płaszczyźnie regionalnej i międzynarodowej, oraz rozwijać je zgodnie z duchem trzeciego pakietu działań Unii Europejskiej. Do tego należą również starania zmierzające do zrównowazanego rozwoju gospodarki portowej.
- Poza tym należy tworzyć obszary rozdzielające ruch. Powinno się zwiększyć bezpieczeństwo poprzez dodatkowe szkolenie załóg statków, zwiększenie możliwości korzystania z pilotażu, stworzenie i wykorzystanie dróg wodnych o odpowiedniej głębokości oraz systemów meldunkowych i kontroli ruchu statków, a także wskazanie spójnych sieci portów awaryjnych i awaryjnych miejsc cumowania jako uzupełniające działania ochronne (APMs) dla szczególnie wrażliwych obszarów morskich (PSSA).
- Czasowe i ilościowe ograniczenia połowu, a także techniczne środki mające na celu ochronę zasobów rybnych należy silniej niż dotychczas opierać na wynikach badań naukowych. Do badań tych należy włączyć wyniki prac badawczych regionalnych instytutów. W interesie zrównowazanego wykorzystania zasobów rybnych należy ograniczyć, prowadzące do wyjątków, „polityczne umowy wiązane“.

-
- W celu oceny administracyjnych skutków ingerencji w wykorzystanie zasobów rybnych należy wprowadzić modele naukowe, zaś w celu wstrzymania nielegalnych połowów należy rozwinąć skuteczne i praktyczne mechanizmy kontroli.

-
- W celu wyrównania skutków przyjętej przez Komisję Europejską redukcji rozmiaru połowów należy przeprowadzić modernizację floty, jak też podjąć inwestycje w infrastrukturę tego sektora. Dodatkowo przy wsparciu Unii Europejskiej należy wprowadzić zmiany strukturalne, aby stworzyć nowe perspektywy dla rybolóstwa regionu Morza Bałtyckiego. Należy chronić rybolóstwo w strefie przybrzeżnej ze względu na jego znaczenie dla zachowania dziedzictwa historyczno-kulturowego, atrakcyjności turystycznej oraz skutków oddziaływania na rynek pracy.

3. Europejska polityka morska / Governance

- W celu rozwoju i efektywnego wdrażania zintegrowanej polityki morskiej należy stworzyć właściwe struktury, aby zapewnić ponadsektorową komunikację, koordynację i integrację. Struktury te nie powinny ograniczać się jedynie do sektora publicznego. Zintegrowany wymiar działań wymaga w większym stopniu udziału wszystkich podmiotów związanych z morzem i połączenia ich w ramach sieci współpracy.
- Z uwagi na zintegrowany wymiar problematyki należy włączyć do prac w obszarze Europejskiej Polityki Morskiej stałe grupy robocze specjalistów z różnych dziedzin i połączyć je ze sobą w sieci współpracy. Przykładem takiego działania jest udana praca grupy roboczej ds. zintegrowanej polityki morskiej Forum Parlamentów.

II. Forum Parlamentów Południowego Bałtyku zwraca się z prośbą do

1. Parlamentu Europejskiego

- aby praca Baltic Intergroup była kształtowana efektywniej poprzez bardziej intensywny udział parlamentarzystów z regionu Morza Bałtyckiego
- aby powołać parlamentarną grupę roboczą złożoną z fachowców z różnych dziedzin, zajmującą się zintegrowaną europejską polityką morską.

2. Komisji Europejskiej

- aby dążyła do zachowania zasady pierwszeństwa implementacji istniejących norm prawnych wobec nowych uregulowań prawnych,
- aby rozwinęła Zieloną Księgę Zintegrowanej Polityki Morskiej Unii Europejskiej i stworzyła Białą Księgę jako jej kontynuację, oraz aby uwzględniła w tym procesie regionalne i narodowe parlamenty,
- aby uwzględniła i wspierała szczególne potrzeby regionów w ramach zintegrowanej polityki morskiej Unii Europejskiej.

3. Rządów i administracji uczestniczących regionów, aby w ramach swoich kompetencji dolażyły staran lub opowiedziały się za tym, by:

- w ścisłej współpracy z parlamentami wpływać na politykę morską Unii Europejskiej, kierując się zasadą zrównowalonego rozwoju,
- wcielać w życie propozycje działań wymienione w części A punkt I.1.,
- powołać także na płaszczyźnie narodowej i regionalnej struktury wymienione w punkcie I.3. jako ważne z punktu widzenia efektywnego wdrażania zintegrowanej polityki morskiej,
- implementować wspólne programy i kierunki nauczania w zakresie zawodów związanych z morzem,
- włączyć politykę morską Unii Europejskiej do programów roboczych rządów narodowych i Rady Państw Morza Bałtyckiego (CBSS) i
- wspierać istniejące załączki budowy klastrów i tworzyć ich ponadnarodową sieć.

III. Forum Parlamentów Południowego Bałtyku:

- zaleca uczestniczącym w nim parlamentom kontynuowanie dalszych prac nad tą tematyką w grupach roboczych i gremiach składających się z przedstawicieli różnych dziedzin,
- przedstawi dotychczasowe wyniki prac na konferencji regionalnej BSSSC poświęconej europejskiej polityce morskiej w rejonie Morza Bałtyckiego w Kilonii, w dniach 20 i 21 września 2006 r.,
- poprzez komisje branżowe swoich parlamentów członkowskich przeprowadzi w najbliższym czasie ewaluację dotychczasowych wyników prac,
- dziękuje Sejmikowi Województwa Pomorskiego za gotowość zorganizowania piątego Forum Parlamentów Południowego Bałtyku w roku 2007, którego tematem przewodnim będzie „Tradycja i innowacyjność w regionie Morza Bałtyckiego”.

B. Na rzecz stworzenia przyszłej zintegrowanej polityki młodzieżowej w regionie Morza Bałtyckiego

Forum Parlamentów Południowego Bałtyku widzi konieczność przeniesienia wypracowanego w zakresie polityki morskiej zintegrowanego podejścia politycznego także na obszar polityki młodzieżowej i opracowania zintegrowanej polityki młodzieżowej w regionie Morza Bałtyckiego.

Także zintegrowana polityka młodzieżowa powinna być - zgodnie z przesłankami przedstawionymi w części A - prowadzona wielowymiarowo. Oznacza to w szczególności, że przy podejmowaniu decyzji na wszystkich płaszczyznach politycznych należy wziąć pod uwagę ich konsekwencje dla młodzieży jako najważniejszego czynnika i podstawy społeczeństw w przyszłości.

Forum Parlamentów Południowego Bałtyku powoła grupę roboczą, która podejmie myśl przewodnią zintegrowanej polityki młodzieżowej we współpracy z innymi instytucjami regionu Morza Bałtyckiego, zajmującymi się tą tematyką, pogłębi ją oraz opracuje koncepcyjnie przygotowując następną konferencję.

W ramach prac grupy roboczej należy kontynuować dyskusje na temat nowych i przyszłościowych form działań, przy uwzględnieniu pozytywnych doświadczeń zdobytych podczas realizacji projektu hospitacyjnego w oparciu o jego ewaluację.

Celem powinno być dalsze uczestnictwo młodzieży w pracach Forum Parlamentów w odpowiedniej formie.

Parlament Szlezwika-Holsztynu

Sejmik Województwa Pomorskiego

Parlament Meklemburgii-Pomorza
Przedniego

Sejmik Województwa
Zachodniopomorskiego

Resolution
of the 4th Southern Baltic Sea Parliamentary Forum
held from 21 to 23 May 2006
in Kiel

A. For an integrated maritime policy in the Baltic Sea region

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum welcomes the Commission's intention to prepare the ground, for the first time, for an integrated maritime policy by publishing the Green Paper on the EU's future maritime policy. The Forum explicitly embraces the Green Paper's integrated approach aimed at creating favourable conditions for a growth-oriented, socially balanced and ecologically sustainable development in the Baltic Sea region. This requires a maritime awareness from which, based on the history of the regions, a new maritime identity will develop and which will help to discover and take advantage of the region's particular capabilities.

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum feels that an integrated maritime policy must be multidimensional. It requires:

- horizontal cross-border co-operation among the regions,
- vertical co-operation between the regional, national, European and international level,
- interdisciplinary co-operation among institutions,
- close co-operation among players from the fields of politics, academia, business and all other groups of society.

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum is working together to meet these requirements: It has established a working group on "Integrated Maritime Policy" which, *inter alia*, has held two international parliamentary hearings and prepared this resolution. During the hearings, the deliberations of politicians and experts from various disciplines covered the full spectrum of maritime policy across disciplinary boundaries, with the goal of identifying future opportunities and overcoming obstacles to development.

The objective was, and still is, to develop preliminary recommendations for action for an integrated maritime policy of the entire Baltic Sea region as a cross-sectoral challenge.

The involvement of young people in the Southern Baltic Sea Parliamentary Forums is a successful example of forward-looking co-operation in this region. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum will continue to discuss ways of adequately involving young people in its work.

I. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum's views about the key points of the maritime policy fields specified in the Green Paper and the Forum's responses to the questions asked by the European Commission are as follows:

1. Preserving Europe's role as a pioneer in the maritime sector and optimising the living conditions in the coastal regions

- It is necessary to establish a balance between the many complementary or competing economic benefits of the sea and adequate protection of the marine environment that will provide for economically and ecologically sustainable use of marine resources.
- To this end, it is necessary to harmonise the competitive conditions between maritime shipping and other modes of transport (in particular land-based freight haulage) in a global and European context. If all the effects - in particular the environmental effects - of the various modes of transport are taken into consideration (internalisation of external environmental effects), this may result in cost advantages for sea transport.
- Maritime shipping is of strategic importance for the European Union. It is necessary to further optimise innovative maritime transport technologies - such as integrated ship and terminal solutions that are particularly suitable for multimodal transport, the standardisation of ship/coast interfaces for ferry and roll-on-roll-off transport, efficient transshipment technologies in ports, including IT solutions, appropriate, environmentally sound and safe ship concepts, as well as maritime control and security systems.
- Greater attention should be paid to the hinterland connections of seaports within the framework of the Trans-European Transport Networks (TEN-T).
- It is necessary to support the maritime logistics industry in its efforts to improve the competitiveness of the maritime regions by developing and upgrading logistics value chains and promoting the settlement of a larger number of harbour-based industrial and trading companies in logistics centres. In addition, it is necessary to increase the value added in the maritime regions and to do so in a more sustainable manner.
- It is necessary to foster maritime co-operative ventures, networks and strategic partnerships within the European Union, in particular between small and medium-sized enterprises, because they help to tap potential synergies and to compete successfully against the background of a growing number of globalised production chains and logistics networks, among other things by establishing maritime clusters.
- Marine sciences and technologies - including technologies on marine resources - should be among the priority fields covered by future framework research programmes of the EU. It must be ensured that sufficient attention will be paid to marine research in the 7th EU Research Framework Programme and in the specific programmes. It is hoped that this will foster marine research in the regions and the resulting networking in the fields of marine sciences and technologies.

-
- In order to make maritime occupations more attractive for young people, it is necessary to foster a maritime awareness in society and to adopt other concrete measures by generating interest in maritime occupations.
 - Training of seamen has a long tradition in Europe and should be one of the priority areas of co-operation in the Southern Baltic Sea region.
 - Since the training of a sufficient number of skilled personnel in the maritime industry is a fundamental prerequisite for pursuing an active maritime policy, the basic and further training capacity available should be upgraded quantitatively and qualitatively, also by means of interregional and international co-operation.
 - The maritime industry should be included in these efforts. Furthermore, the consistency of basic and further training programmes for ship crews should be ensured by means of an interregional exchange of teachers and trainers in the southern Baltic Sea region.
 - Greater emphasis should also be placed on aspects of an integrated maritime policy in the training programmes for maritime occupations. Strengthening the training potential and expanding the training capacity should also be supported by including such training activities in the European funding programmes and by funding model projects in the field of international co-operation.
 - In accordance with the principle of subsidiarity, interregional tourism projects should continue to be eligible for funding within the framework of Objective 3 of the EU Structural Fund. Efforts made to tap, *inter alia*, the tourist potential of the regions' unique cultural, historical and scenic features by means of transregional co-operation should be intensified and supported. Rules and regulations that apply in the maritime tourism sector should be harmonised across national borders.

2. Tools for sustainable marine management

- The goal must be to harmonise the current variety of political and legal measures, programmes and action plans at European level – in particular within the framework of the EU's Marine Strategy Directive. Synergies with existing rules and regulations should be used as much as possible in order to attain the objectives of the Directive and to avoid duplication.
- What is needed in particular is a clear definition of the scope of application of the EU's Marine Strategy Directive as regards the territory and the subject matter, as well as its position relative to other existing EC Directives.
- As a regional organisation of countries co-operating in the Baltic Sea area, the Helsinki Commission's activities should be actively supported in order to stimulate marine policy initiatives at national and European level, as well as beyond, at international level.

-
- The Conference expects that a common European fisheries policy will take into account the particularities of the Baltic Sea and implement the principle of sustainable fisheries, i.e. applying practices designed to preserve fish stocks.

More specifically, the following measures should be initiated:

- Inputs of pollutants as well as the eutrophication of the Baltic Sea should be curbed faster and more effectively than in the past by strictly implementing the European Water Framework Directive as well as other measures in the field of agriculture; said measures should be promoted in particular by allocating financial resources to the implementation of suitable environmental measures in the agricultural sector. To this end, it is necessary to create an awareness of the problems and to increase the acceptance of environmental measures.
- The measures aimed at reducing inputs of pollutants should also take into account the adverse environmental effects of shipping as well as any hazards that may be posed by abandoned contaminated military sites.
- Programmes and networks designed to monitor the eutrophication levels and the inputs of pollutants in the Baltic Sea should be standardised while including countries that are located upstream along rivers that flow into the Baltic Sea.
- The Baltic Sea countries need the support of the European Union in their efforts to coordinate their activities to further increase maritime safety and security in the Baltic Sea region. Furthermore, the regional and international measures that have been initiated to date should be consistently implemented and optimised in line with the EU's Third Package of Measures. This also includes efforts made to operate ports and harbours in a sustainable manner.
- In addition, it is necessary to establish traffic separation zones. Safety should be increased by a variety of associated protective measures (APMs) for particularly sensitive sea areas (PSSAs), including an improvement of the training of seamen, greater use of pilots, the binding designation and use of continuous deepwater routes and of a ship monitoring and reporting system, as well as the designation of a network of ports and places of refuge for ships in distress.
- Temporal and quantitative catch restrictions as well as technical measures designed to protect fish stocks should be based more strongly on scientific evidence than in the past. The research findings of regional scientific institutions should be included in relevant studies. Political compensation agreements that lead to exceptions should be avoided in the interest of sustainable use of fish stocks.
- In order to assess the impact of administrative interventions concerning the use of fish stocks, it is necessary to use scientific model calculations. Furthermore, practical effective control mechanisms should be developed to prevent illegal catches and landings.

-
- To compensate for the reduction of fishing capacity decided by the European Commission, it is necessary to provide adequate support for the modernisation of fishing fleets and investments in fishing infrastructure. In addition, structural changes should be initiated with the support of the European Union in order to create new perspectives for the fishing industry in the Baltic Sea region. Offshore fishing should be protected and preserved because it is part of the region's cultural and historical heritage and because of its attractiveness for tourists - and last but not least because of its impact on the labour market.

3. European Maritime Policy/Governance

- In the interest of developing and effectively implementing an integrated maritime policy, it is necessary to create suitable structures that will guarantee cross-sectoral communication, coordination and integration. These structures must not be limited to the public sector. Instead, the integrated approach requires the involvement of and networking among all the players that are relevant for the maritime sector.
- In view of the integrated approach, it is necessary to establish and interlink permanent interdisciplinary working groups on European Maritime Policy. One best-practice example is the successful work done by the Parliamentary Forum's Working Group on Integrated Maritime Policy.

II. More specifically, the Southern Baltic Sea Parliamentary Forum calls on

1. the European Parliament

- to increase the effectiveness of the Baltic Intergroup's work by allowing greater participation of members of parliament from the Baltic Sea region, and
- to establish an interdisciplinary parliamentary working group on an integrated European Maritime Policy.

2. the European Commission

- to ensure that precedence is given to the full implementation of existing legislation over the introduction of new legislation,
- to further develop the European Union's Green Paper on an Integrated Maritime Policy to a White Paper and to include the regional and national parliaments in the development of the White Paper,
- to allow for and support the particular interests of the regions within the framework of the EU's integrated maritime policy;

3. the governments and administrations of the regions concerned to ensure or to make every effort within the framework of their responsibilities

- to exercise influence - in close co-operation with the parliaments - on the EU's maritime policy while respecting the principle of sustainable development,
- to implement the measures proposed under A I(1) above,
- to establish the structures referred to as necessary under I(3) above for the development and effective implementation of an integrated maritime policy not only at international level but also at national and regional level,
- to implement common training courses and programmes for maritime occupations,
- to include the EU's maritime policy in the work programmes of the national governments and the Council of Baltic Sea States (CBSS) and to support current clustering approaches and interlink them across national boundaries.

III. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

- recommends that the participating parliaments should continue to deal with this issue in interdisciplinary working groups or committees,
- will introduce the current findings at the regional conference of the BSSSC on European Maritime Policy in the Baltic Sea Region, which will be held on 20 and 21 September in Kiel, and
- will promptly have the results of its work to date evaluated by the relevant committees of its member parliaments, and
- thanks the Parliament of the Province of Pomerania for its willingness to host the 5th Southern Baltic Sea Parliamentary Forum on 21 and 22 May 2007, which will be focused on "Tradition and Innovation in the Baltic Sea Region".

B. For a future integrated youth policy in the Baltic Sea region

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum feels that there is a need to apply the integrated policy approach developed for maritime policy to the field of youth policy, as well, and to develop an integrated youth policy for the Baltic Sea region.

It is also necessary for an integrated youth policy - as explained in Chapter A above - to be multidimensional. This means in particular that in decisions taken in all policy fields the impact that such decisions have on youth should be taken into consideration as a key factor, bearing in mind that young people are the backbone of future society.

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum will establish a working group that - in preparation of the next conference - will deal in greater depth with the key idea of an integrated youth policy and develop a concept for this purpose, in co-operation with other institutions in the Baltic Sea region that pursue the same objective.

The task of this working group will be to discuss and develop new and effective options and approaches. The working group will evaluate and build on the positive experience gained with the internship programme that provided young people with an opportunity to assist German and Polish members of parliament in their work.

The objective will be to continue to adequately involve young people in the work of the Parliamentary Forum.

Kiel, 23 May 2006

Parliament of Schleswig-Holstein

Parliament of the Province of Pomerania

Parliament of Mecklenburg-Vorpommern

Parliament of the Province of Western
Pomerania